

Hasler: «Es war nicht unsere Absicht»

Graue Liste Regierungschef Hasler bezweifelt, dass die Schweiz aufgrund der Intervention von Liechtenstein von der EU kurzfristig auf die Liste «unter Beobachtung» in Steuerfragen genommen wurde. Auf jeden Fall sei dies nicht die Absicht gewesen.

Interview: Markus Brotschi

Wegen einer Intervention Ihres Landes bei der EU ist die Schweiz auf der grauen Liste gelandet. Haben Sie dies bewusst in Kauf genommen?

Adrian Hasler: Ob unsere Intervention ausschlaggebend war, dass die Schweiz auf der grauen Liste aufscheint, darf aus meiner Sicht hinterfragt werden. Aufgrund der vorgelegten Informationen aus Brüssel war erkennbar, dass Liechtenstein auf einer grauen Liste der EU aufscheinen könnte. Dies war für uns der Anlass, unsere Landesinteressen zu wahren und bei den zuständigen Stellen zu intervenieren. Das Ziel der Intervention war primär, dass keine graue Liste vom Ecofin beschlossen oder kommuniziert wird. Falls dennoch eine graue Liste beschlossen werden sollte, haben wir der EU gegenüber festgehalten, dass Liechtenstein keinesfalls auf eine solche Liste gehört. In diesem Zusammenhang haben wir auch auf Gleichbehandlung mit anderen Staaten gepocht, die als konform angesehen werden.

Für Aussenstehende wirkt die Intervention Liechtensteins wie das Anschwärzen eines guten Freundes. Rechneten Sie tatsächlich damit, dass die EU Liechtenstein aufgrund Ihres Hinweises auf die Schweiz von der Liste entfernt?

Liechtenstein hat die Schweiz nicht angeschwärzt. Die heutige Berichterstattung in der Schweiz nimmt natürlich den Blickwinkel der Schweiz ein. Dabei wird allerdings vergessen, dass auch wir unsere Landesinteressen wahren müssen. Wir haben im Interesse unseres Landes interveniert, das ist unbestritten. Allerdings haben wir nicht dafür plädiert, dass die Schweiz auf die graue Liste kommt, sondern dass Liechtenstein als konform beurteilt wird. Dies, weil wir EWR-Mitglied sind, seit 2011 ein EU kompatibles

Steuergesetz haben und seit 2016 das Abkommen mit der EU betreffend dem automatischen Informationsaustausch in Kraft ist. Zudem stehen wir seit Jahren mit der Code of Conduct Gruppe im Dialog und haben uns verpflichtet, zwei Punkte aus dem Assessment im 2018 umzusetzen. Vor diesem Hintergrund vertrat und vertritt Liechtenstein die Meinung, dass wir in die Gruppe der Länder gehören, die als «konform» anzusehen sind. Und diese Position haben wir gegenüber den Gesprächspartnern auf der EU-Seite vertreten.

Hätte Liechtenstein nicht damit rechnen müssen, dass die EU einfach auch die Schweiz auf die Liste nimmt? Nein. Wie bereits gesagt war es weder unser Vorschlag noch unsere Absicht, dass die Schweiz auf eine graue Liste gesetzt wird. Unsere Intervention hatte zum Ziel, dass keine graue Liste publiziert wird, und falls doch, Liechtenstein als konform beurteilt wird und nicht auf der grauen Liste erscheint. Zudem ist es für mich selbstverständlich, dass wir unsere Landesinteressen vertreten.

Botschafterin Doris Frick wurde ins Finanzdepartement nach Bern zitiert. Müssen Sie aufgrund der Reaktionen von Bundesrat Maurer eine Verschlechterung des Verhältnisses zur Schweiz befürchten?

Nein. Wir konnten die Situation aus unserer Sicht darlegen und aufzeigen, weshalb und wie wir interveniert haben. Dabei war auch wichtig darzulegen, dass wir keinerlei Intention hatten, dass die Schweiz auf die graue Liste kommt. Die Gespräche haben gezeigt, dass die guten Beziehungen zur Schweiz nicht tangiert sind.

Liechtensteins Ziel war es, von der grauen Liste wegzukommen. Was fordert die EU von Liechtenstein, um von der Liste genommen zu werden?

Konkret fordert die EU, dass Liechtenstein in zwei Bereichen Missbrauchsbestimmungen im Steuergesetz aufnimmt, nämlich betreffend der Dividendenbesteuerung und des Eigenkapitalzinsabzugs.

Bundesrat Ueli Maurer hält die Auswirkungen der grauen Liste für die Schweiz für vernachlässigbar. Wie beurteilen Sie das für Liechtenstein?

Liechtenstein wird von einzelnen EU-Staaten in verschiedenen Bereichen nach wie vor diskriminiert, obwohl wir EWR-Mitglied sind. Dass Liechtenstein als noch «unter Beobachtung» angesehen wird, könnte die Beseitigung der bestehenden Benachteiligungen verzögern. Aus diesem Grund war und ist es uns so wichtig, dass unsere getroffenen Massnahmen von der EU auch sichtbar anerkannt werden.

Falls Liechtenstein von der grauen Liste wekommt, werden Sie sich in Brüssel dafür einsetzen, dass dies auch mit der Schweiz geschieht?

Wir sind natürlich auch weiterhin an einem engen Austausch mit der Schweiz zu Fragen der internationalen und europäischen Steuerkooperation interessiert und werden die Schweiz im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Entwicklung und Unterstützung gemeinsamer Positionen nicht nur sinnvoll, sondern auch wirksam ist. Gerade im Global Forum ist die Zusammenarbeit eng und auch wichtig. Liechtenstein hat die Schweizer Positionen mehrfach stark unterstützt, zum Beispiel bei den Länderprüfungen. Gemeinsam konnten wir positive Ergebnisse erreichen.

Dieses Interview wurde schriftlich von Mario Brotschi, Redaktor Inland bei «Der Bund», geführt. Es erscheint auch im «Der Bund» und im «Tages-Anzeiger».



Ein unschöner 2. Adventssonntag für Regierungschef Adrian Hasler. Bild: Daniel Schwendener (Archiv)

Kommentar

Das Gegenteil von gut ist gut gemeint

In Liechtenstein diskutierte man die letzte Woche über die Ablehnung des Staatsvertrages mit der Schweiz im ambulanten Gesundheitsbereich. Der Landtag habe Bern damit den Mittelfinger gezeigt, polterte etwa DU-Chef Harry Quaderer. In der Schweiz warf dieses Abkommen in der Öffentlichkeit keine Wellen. Dafür wurde Liechtensteins Botschafterin Doris Frick am Donnerstag von Bundesrat Ueli Maurer nach Bern zitiert. Der Vorwurf: Liechtenstein habe dafür gesorgt, dass die Schweiz auf der grauen Liste der EU landete. Auf diese Liste haben die EU-Finanzminister am Dienstag auch Liechtenstein gesetzt. Länder auf dieser Liste gelten als nicht 100 % kooperativ in Steuerfragen, kommen aber nicht auf die schwarze Liste,

weil sie Nachbesserungen in ihrem Steuerrecht angekündigt haben. Die offizielle Schweiz ist sauer. Denn mit der Einbestellung von Botschafterin Frick wurde auch klar signalisiert, dass es grössere Verstimmungen zwischen den Staaten gibt. Mit den gestrigen Medienberichten hat das Ansehen Liechtensteins auch in der Öffentlichkeit gelitten. Es entstand ein Bild, wie wir es aus dem Kindergarten kennen. Die Kindergärtnerin (EU) sagt zu Adrian: «Ich bin mit deinen Aufräumarbeiten in der Bastecke nicht zufrieden.» Und Adrian antwortet: «Ueli hat die Puppenstube aber auch nicht aufgeräumt.» Auch wenn dies mit Sicherheit von Regierungschef Adrian Hasler nicht so gewollt war und er es nur gut gemeint hat, der Schaden ist angerichtet und es

wird mehr als einen Olma-Auftritt brauchen, um dieses Bild wieder aus den Köpfen zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass beide Seiten einsehen, dass die EU mit ihrem schwarze-Liste-Zirkus die Hauptschuld trägt. EU-Staaten, welche noch mehr aufräumen müssten, wurden nämlich auf gar keine Liste geschrieben. Liechtenstein wird sich aber trotzdem keine solchen «gut gemeint»-Aktionen mehr leisten können.



Patrik Schädler pschaedler@medienhaus.li

«Eine Stunde für die Menschenrechte»

Bilanz Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tages der Menschenrechte luden gestern Abend zahlreiche Organisationen zu Kurzvorträgen und einer anschliessenden Stehtischdiskussion ins Haus Gutenberg.

Gestern Abend fanden sich trotz tobendem Föhnsturms zahlreiche Interessierte im Haus Gutenberg in Balzers ein. In der «Stunde für die Menschenrechte» liessen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen das vergangene Jahr mit Fokus auf die Menschenrechtssituation in Liechtenstein Revue passieren.

Aktive Zivilgesellschaft und engagierte Organisationen

Es wird dabei betont, dass die entsprechende Situation in Liechtenstein – besonders im Vergleich zu Ländern wie etwa der Türkei – grösstenteils sehr zufriedenstellend sei. Nichtsdestotrotz bleibt in verschiedenen Bereichen teils einiges an Luft nach oben. Besonders hervorgehoben wurden etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wo Liechtenstein trotz jah-

relangem Engagement verschiedener Organisationen – etwa dem LANV oder dem Frauennetz und seiner Mitgliedsorganisationen – noch immer wenig glänzen kann. Sigi Langenbahn plädiert in seinem Beitrag dafür, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dabei vielmehr als Bedingung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort zu sehen denn als Problem für einen solchen. Er sieht beträchtlichen Optimierungsbedarf in Punkten wie Elternzeit und Lohn(un)gleichheit. Entsprechende Aktionen um Probleme diesbezüglich greifbar zu machen, sind bereits im Aufbau begriffen: So bekommen Frauen in verschiedenen Gastronomiebetrieben im Land jeweils am 2. März ihr Essen 17 Prozent billiger als ihre männlichen Kollegen. Ein symbolischer Rabatt an dem Tag,



Claudia Fritsche war eine der Referentinnen. Bild: Jürgen Posch

bis zu dem Frauen in unserem Land statistisch gesehen gratis arbeiten. Die Förderung nach Anerkennung dafür, dass Frauen in puncto Qualifikation beträchtlich aufgeholt haben, ist diesbezüg-

lich ein Schlag in dieselbe Kerbe. Claudia Heeb-Fleck vom Frauennetz hebt in der Diskussion diesbezüglich die Notwendigkeit von mehr Verbindlichkeit hervor. Verschiedenste Initiativen ver-

gangener Jahre, ja Jahrzehnte, wären oft nicht über Lippenbekenntnisse hinausgekommen – ohne die entsprechende längerfristige Ernsthaftigkeit von Seiten der Parteien, Verbände und Wirtschaft wird es allerdings schwierig werden, das Potenzial talentierter, qualifizierter und motivierter Frauen zum Wohle der Gesamtgesellschaft zu entfalten. Langenbahn schenkt es sich dabei nicht, den liberalen Kurs Liechtensteins in gesellschaftspolitischer Hinsicht hervorzuheben. Der LANV stellt als Gewerkschaft den Menschen und seine Bedürfnisse ins Zentrum – eine scherzhafte Bemerkung zum anwesenden Gesellschaftsminister Pedrazzini lässt erahnen, dass diese Gewichtung in politischen Entscheiden nicht immer gegen neoliberale Vorstellungen eines unterneh-

merfreundlichen Wirtschaftsstandortes bestehen kann.

Ziel der Stärkung einer «Menschenrechtskultur»

Claudia Fritsche sprach sich in ihrer Funktion als Vorstandsmitglied des Vereins für Menschenrechte in Liechtenstein für die Wichtigkeit einer stärkeren Verankerung der Menschenrechte in der Zivilgesellschaft aus. Das Bewusstsein für die aus der Ratifikation der Menschenrechte erwachsenden Pflichten, «die Unzulässigkeiten aufzeigen und Lösungen präsentieren», könnten dafür als substanzielle Ausgangslage dienen. Musikalische Einlagen der «Quint Essence Voices» und ein Apéro, gestaltet von der Suppenküche, rundeten den reichhaltigen Abend ab und laden zum anschliessenden Austausch. (tb)